

Berufliche Bildung und politische Urteilsfähigkeit

Vorüberlegungen zu einem neuen Verhältnis von beruflicher und politischer Erwachsenenbildung

Wolfgang Sander

Die berufliche Weiterbildung befindet sich, so scheint es, mitten in einem tiefgreifenden Wandel ihres Selbstverständnisses. Lange Zeit galt, jedenfalls aus der Sicht der Unternehmen als „Abnehmer“ für erworbene Qualifikationen, berufliche Weiterbildung als notwendig für die Anpassung des Qualifikationsprofils von Arbeitnehmern an Funktionserfordernisse des technischen Fortschritts. Die Art dieser Anpassung orientierte sich weithin an einem tayloristischen Arbeitsverständnis: Technischer Fortschritt wurde in hochgradig arbeitsteiligen und hierarchisierten Arbeits- und Organisationsstrukturen realisiert, die geforderten Qualifikationen der Beschäftigten bezogen sich daher im Idealfall auf präzise bestimmbare Handlungsabläufe unter genau definierten Bedingungen.

In der Erwachsenenbildungsdiskussion ist dieses Verständnis von beruflicher Weiterbildung als einer bloß funktionalen Anpassungsqualifikation immer auf Kritik gestoßen, weil es offenkundig dem Anspruch von „Bildung“ nicht genügen kann. Gleichwohl hat sich in den institutionellen Strukturen, zum Teil auch *innerhalb* von Institutionen wie den Volkshochschulen, eine Zweiteilung im Veranstaltungsangebot herausgebildet: Weithin steht die berufliche Bildung mit strikt qualifikationsorientierten Angeboten *neben* Angeboten, die sich einem umfassenderen Verständnis allgemeiner Bildung verpflichtet sehen. Angesichts der harten Realitäten des Arbeitsmarktes und der von ihnen determinierten Weiterbildungsinteressen potentieller Teilnehmer/-innen an Veranstaltungen zur beruflichen Bildung konnte den Bemühungen um eine Verzahnung der beruflichen Qualifizierung mit anderen Bildungsbereichen – etwa der politischen oder der kulturellen Bildung – kaum Aussicht auf Erfolg beschieden sein.

In den achtziger Jahren zeichnete sich jedoch eine Veränderung dieser Situation ab. Vor allem durch die industriesoziologische Studie von Kern/Schumann¹, aber auch durch neue Konzepte beruflicher Weiterbildung aus den Unternehmen selbst ist

erkennbar geworden, daß der technologische Modernisierungsprozeß die Produktions- und Distributionsstrukturen in einer Weise verändert, die eine auf bloße instrumentelle Qualifizierung ausgerichtete berufliche Weiterbildung dysfunktional werden läßt. Winfried Schläffke vom Institut der Deutschen Wirtschaft, einer der Protagonisten eines neuen Verständnisses von beruflicher Bildung, faßt diese Entwicklung so zusammen:

„Isolierungen und Spezialisierungen weichen zunehmend der Integration und Verzahnung getrennter Aufgabenbereiche. Die Unternehmen greifen zu neuen Formen der Arbeitsstrukturierung. Der Trend der Vergangenheit, Arbeit immer weiter zu zerlegen, verlangsamt sich und wird in vielen Bereichen sogar rückgängig gemacht. Die Smith-Taylor-Epoche ständig zunehmender Arbeitszerlegung geht vorüber. Arbeitsbereicherung, Arbeiterweiterung, Zunahme von Dispositionsspielräumen sind Begriffe, die den Trend der Zukunft umreißen. Gebrauch werden Breitenqualifikationen, Übersichtswissen und Vernetzungsfähigkeit.“²

Als Reaktion auf diese Entwicklung hat in den letzten Jahren eine breite Diskussion um „Schlüsselqualifikationen“ eingesetzt³: Zur Debatte steht, inwieweit und in welcher Weise berufliche Weiterbildung universell verwendbare Fähigkeiten vermitteln muß, die über ein traditionelles Verständnis berufsbezogener Qualifikation weit hinaus gehen und die gesamte Persönlichkeit der Lernenden betreffen. In den Worten Schläffkes: „Das Zeitalter uniformer Massenproduktionen geht vorüber, Kunst und Design werden zu entscheidenden Produktionsfaktoren. Kreativität, Phantasie und Gestaltungskraft sind hochgefragte Mitarbeitereigenschaften.“⁴

Die vielfältigen Fragen und Probleme, die dieser Ansatz unter dem Gesichtspunkt der beruflichen Qualifizierung aufwirft, sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden. Im folgenden soll lediglich gefragt werden, ob sich aus den veränderten Produktionsbedingungen auch Konsequenzen für das Verhältnis von beruflicher und politischer Bildung ergeben können, und in welcher Weise dies der Fall sein könnte. Der Konjunktiv ist mit Bedacht gewählt; die Veränderungsprozesse in Produktion und Distribution, auf die die Diskussion um ein neues Selbstverständnis beruflicher Bildung sich bezieht, befinden sich noch in den Anfängen. Es handelt sich um Veränderungsprozesse in den fortgeschrittensten Sektoren im Produktions- und Dienstleistungsbereich, die die Realität der Arbeit wie die der beruflichen Bildung noch keineswegs durchgängig prägen. Ob, wann und in welcher Form dies einmal geschehen kann, ist noch offen – und wird keineswegs Ergebnis eines nach unveränderbaren Regeln ablaufenden Prozesses sein, sondern von menschlichem Handeln und menschlichen Entscheidungen beeinflußt werden. Hieraus ergeben sich naturgemäß Unsicherheiten der Prognosen, aber auch Chancen gestaltender Einflußnahme.

II

Weithin ist derzeit noch das Verhältnis von beruflicher und politischer Bildung, vereinfacht gesagt, von einer Dichotomie von Qualifikation und Reflexion geprägt. Berufliche Bildung will im Arbeitsprozeß verwertbare Qualifikationen vermitteln, verwertbar aus der Sicht der Unternehmen für eine möglichst effektive, gewinnorientierte Produktion und für Rationalisierungsprozesse, verwertbar aber auch aus

der Sicht der Teilnehmer/-innen an beruflicher Weiterbildung für die Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder für sozialen Aufstieg. Politische Bildung dagegen ist an sozial-strukturellen Zusammenhängen von Arbeit und Arbeitsorganisation interessiert; sie fragt nach Interessenkonstellationen und Herrschaftsbeziehungen und intendiert die Mündigkeit der Lernenden. Wiederum vereinfacht gesagt ist berufliche Weiterbildung an Kriterien *technologischer* Rationalität orientiert, während politische Bildung sich am Maßstab *kommunikativer* Rationalität ausrichtet. Oder anders: Im Verhältnis von beruflicher und politischer Bildung spiegelt sich in der bisherigen Praxis die von Habermas in den sechziger Jahren herausgearbeitete Unterscheidung von Systemen, in denen der Handlungstyp des zweckrationalen Handelns vorherrscht, und Systemen, in denen kommunikatives Handeln dominiert⁵.

Politische Bildung nähert sich traditionell Problemen der beruflichen Qualifikation quasi „von außen“, indem sie sie unter Fragestellungen betrachtet, die zwar unter dem Anspruch eines an Mündigkeit orientierten Bildungsbegriffs unverzichtbar, für die Verwertungsinteressen, die sich mit beruflicher Qualifizierung verbinden, aber bestenfalls nebensächlich und schlimmstenfalls störend sind. Eben dies macht politische Bildung aus der Sicht der Unternehmen verdächtig, läßt sie aber vielfach auch aus der Sicht der Teilnehmer/-innen an beruflicher Weiterbildung als dysfunktional erscheinen. Genau an dieser Interessenkonstellation sind bisherige Bemühungen um eine Integration von beruflicher und politischer Bildung letztlich gescheitert.

Dies heißt weder, daß die traditionelle berufliche Weiterbildung unpolitisch ist, noch daß politische Bildung Fragen der Arbeits- und Berufswelt bisher keine Beachtung geschenkt hätte. Auf politische Implikationen einer scheinbar bloß funktionalen beruflichen Weiterbildung hat kürzlich Rolf Arnold am Beispiel von Funktionen innerbetrieblicher Weiterbildung aufmerksam gemacht, die über die Vermittlung arbeitsbezogener Qualifikationen hinausgehen, wie etwa die Legitimation betrieblicher Autoritätsstrukturen, die Sicherung von Loyalitätsbereitschaft und soziale Selektivität⁶. Umgekehrt spielen in den Angeboten zur politischen Bildung Veränderungsprozesse und Modernisierungsfolgen im Produktionsbereich durchaus eine Rolle. Aber in der Regel steht im Angebot der Erwachsenenbildungsträger der Bildungsurlaub zum Thema „Neue Techniken – Chancen und Risiken“ neben dem Bildungsurlaub „Standardsoftware“; beide finden zu anderen Zeiten, an anderen Orten und zumeist auch mit anderen Teilnehmern statt.

Politische Bildung versteht sich so in ihrem Verhältnis zur beruflichen Bildung vielfach als eine Art von Korrektiv. Sie will zum einen dem reduzierten Verständnis von Weiterbildung, das mit einer Vermittlung von bloß funktionalen Qualifikationen verknüpft ist, durch eine Erweiterung des Blickwinkels begegnen. Zum anderen gibt es in der politischen Erwachsenenbildung eine bis in die Arbeiterbildung des 19. Jahrhunderts zurückreichende Denkfigur, die politische Bildung auch unter dem Aspekt des Interessengegensatzes von Arbeit und Kapital als ein Gegengewicht zu Qualifizierungsprozessen sieht, die primär den Interessen der Kapitaleigner an einer reibungslos funktionierenden Produktion dienen.

III

Ein bemerkenswerter Aspekt der Modernisierungsprozesse im Produktions- und Dienstleistungsbereich, die derzeit zu beobachten sind, ist nun, daß sie Chancen für eine Überwindung dieses dichotomischen Verhältnisses von beruflicher und politischer Bildung eröffnen. Diese Chancen erwachsen nicht nur aus der von Schlawacke betonten Tendenz zur Abkehr vom Taylorismus und der damit verbundenen Notwendigkeit einer „Vernetzungsfähigkeit“ (s.o.); mehr noch erwachsen sie aus der *veränderten Reichweite beruflichen und wirtschaftlichen Handelns*. Die aktuell zu beobachtenden Modernisierungsprozesse in den fortgeschrittenen Sektoren der Industriegesellschaften machen die tradierte Unterscheidung des politischen vom technisch-wirtschaftlichen Bereich (oder in älterer Sprache: die zwischen *citoyen* und *bourgeois*) zunehmend hinfällig. Zwar ist die Annahme einer klaren Abgrenzbarkeit des politischen vom nicht-politischen Bereich der Gesellschaft schon seit dem Ende des Absolutismus problematisch geworden. Aber die aktuellen Modernisierungsprozesse beschleunigen den Prozeß einer „Politisierung“ von vormals scheinbar unpolitischen Bereichen.

Es kann in diesem Sinne auch als eine Gegenthese zur Habermasschen Unterscheidung von Systemen zweckrationalen und solchen kommunikativen Handelns gelesen werden, wenn Ulrich Beck für moderne Gesellschaften eine Tendenz zur „Entgrenzung der Politik“ konstatiert⁷. Nach Beck ist es ein Merkmal dieser Entgrenzung der Politik, daß die technisch-ökonomische Entwicklung durch die schiere Reichweite ihrer Wirkungen den „Charakter der Nicht-Politik“ verliert: „Wo die Konturen einer anderen Gesellschaft nicht mehr aus den Debatten des Parlaments oder den Entscheidungen der Exekutive, sondern aus der Umsetzung von Mikroelektronik, Reaktortechnologie und Humangenetik erwartet werden, zerbrechen die Konstruktionen, die den Modernisierungsprozeß bislang politisch neutralisiert haben. ... Entwicklungsrichtung und Ergebnisse des technologischen Wandels werden diskursfähig und legitimationspflichtig. Damit gewinnt betriebliches und wirtschaftlich-technisches Handeln eine *neue politische und moralische Dimension*, die bislang für ökonomisch-technisches Handeln wesensfremd schien.“⁸ Technische und betriebliche Entscheidungen haben zunehmend Wirkungen von unmittelbarer politischer Relevanz, sie werden quasi auch (neben der primär beruflich-wirtschaftlichen Intention) zu Formen politischen Handelns. Entscheidend ist dann freilich, wer solche Entscheidungen trifft und mit welchem Grad an politischer Rationalität sie getroffen werden.

Nun ist nach Beck ein ganz zentrales Merkmal dieser Ausdehnung der Reichweite technisch-ökonomischer Entwicklungen, daß sie *Gefährdungen und Risiken* erzeugen oder jedenfalls vielfach in den Umgang mit technisch erzeugten Risiken verwickelt sind. Beck sieht in der zentralen Rolle, die der Umgang mit Modernisierungs- und Zivilisationsrisiken in Wirtschaft, Politik, Kultur und Alltag in den modernen Industriegesellschaften spielt, eine neue Qualität der Moderne; er spricht deshalb von der „Risikogesellschaft“, die sich spätestens seit den siebziger Jahren herausbilde und mit neuen Problem- und Konfliktkonstellationen die der „alten“ Industriegesellschaft überlagere. Überlagert werden nach Beck auch die Klassen-gegensätze, da von den Risiken industrieller Produktion heute letztlich alle betroffen sind: „Auf eine Formel gebracht: *Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch*. ... In

diesem Sinne sind Risikogesellschaften gerade *keine* Klassengesellschaften; ihre Gefährdungslagen lassen sich nicht als Klassenlagen begreifen, ihre Konflikte nicht als Klassenkonflikte. ...Der ‚Klasse‘ der Betroffenen steht keine ‚Klasse‘ der Nichtbetroffenen gegenüber. Der ‚Klasse‘ der Betroffenen steht allenfalls die ‚Klasse‘ der Noch-Nicht-Betroffenen gegenüber.“⁹

Damit verändern sich potentiell auch die Interessenkonstellationen, die mit der Forderung nach *politischer* Rationalität von technisch-ökonomischen Entscheidungen verknüpft sind. So wie die Dichotomie von beruflicher Qualifikation und politischer Reflexion angesichts der Entgrenzung von Politik nicht mehr haltbar ist, so gehört auch die Vorstellung von politischer Bildung als Element der Klassenaus-einandersetzung einer älteren Epoche der Industriegesellschaft an. Daß beruflich-wirtschaftliches Handeln auch Kriterien politischer Rationalität genügen muß, liegt in der „Risikogesellschaft“ im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder.

IV

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob es Chancen dafür gibt, daß Unternehmen dieses allgemeine Interesse auch als ihres eigenes wahrnehmen können oder ob die Orientierung an Gewinninteressen letztlich doch zur Beibehaltung eines instrumentellen (oder bestenfalls um soziale und kulturelle Aspekte erweiterten) Qualifikationsbegriffs unter Ausblendung der real vorhandenen politischen Implikationen führen muß. Letzteres würde eine politisch reflektierte berufliche Bildung wohl auf den öffentlichen Sektor in der Aus- und Weiterbildung reduzieren und ihre Durchsetzungschancen beträchtlich mindern.

Es spricht jedoch manches für die These, daß auch aus der Perspektive von Unternehmen zukünftig für ein rationales technisch-ökonomisches Handeln Qualifikationen erforderlich sind, die nur Ergebnis politischer Bildung sein können, daß also technisch-ökonomische und politische Rationalität miteinander verbunden werden müssen. *Politische Urteilsfähigkeit* könnte sich im Fortgang der Modernisierungsprozesse in zunehmendem Maße als eine für erfolgreiches berufliches Handeln unerläßliche Schlüsselqualifikation erweisen.

Damit ist hier keineswegs in erster Linie die Fähigkeit gemeint, die Interessen eines Unternehmens durch eine geschickte Lobby-Tätigkeit im politischen Bereich zur Geltung zu bringen. Gemeint ist vielmehr, daß jedenfalls die langfristigen Planungen für das wirtschaftliche Handeln von Unternehmen einschließlich der Entwicklung von Produkten die Verbindung von technisch-ökonomischer und politischer Rationalität erfordern können. An zwei Beispielen sei dies erläutert:

- Die Notwendigkeit einer stärker an ökologischen Zusammenhängen ausgerichteten industriellen Produktion wird heute ernsthaft nicht mehr bestritten. Viele sprechen für die Annahme, daß langfristig diejenigen Unternehmen die besten Zukunftsaussichten haben werden, die ihr wirtschaftliches Handeln und ihre Produktpalette an dieser Notwendigkeit ausrichten. „Umweltverträglichkeit“ von Produkten ist aber keineswegs alleine ein technisches Problem, sondern hängt auch davon ab, wie Produktion und Verbrauch in neue, ökologische Kriterien besser gerecht werdende Kreisläufe eingebunden werden können. Die Konzeption und

Durchsetzung solcher neuen Kreisläufe ist aber ein gleichermaßen technologisches wie politisches Problem; das Müllproblem ist hierfür geradezu ein klassisches Beispiel.

- Ein anderes Beispielfeld ist die zunehmende Internationalisierung der Produktion. Während in der Pädagogik noch über interkulturelles Lernen nachgedacht wird, ist in großen Unternehmen die Fähigkeit zur interkulturellen Kommunikation Teil des beruflichen Alltags. Die berufliche Zusammenarbeit etwa mit Menschen aus islamischen Ländern, aus Japan oder zukünftig auch aus den vormals „real-sozialistischen“ Staaten erfordert fundierte Kenntnisse der historisch-gesellschaftlich-politischen Kontexte, aus denen diese Menschen kommen.

Es geht in die Richtung der hier zur Diskussion gestellten Überlegungen, wenn Winfried Schläffke beiläufig formuliert, künftig müßten Vorgesetzte „auch von den gesellschaftspolitischen Aspekten neuer Technologien wissen“¹⁰. Problematisch ist freilich, daß Schläffke dieses Wissen auf *Vorgesetzte* beschränken will. Politische Bildung geht vom Gleichheitsgebot aus, sie kann unter demokratischen Vorzeichen keine Agentur zur Vermittlung von Herrschaftswissen sein. Möglicherweise werden sich Kontroversen und Konflikte künftig weniger an der Frage entzünden, ob berufliche und politische Bildung miteinander vermittelt werden müssen, als vielmehr an der Frage, *für wen* eine in diesem Sinne erneuerte berufliche Bildung zugänglich ist. Aber auch dies könnte sich mindestens zum Teil auch als ein Konflikt zwischen kurz- und langfristigen Unternehmensinteressen erweisen. Kurzfristig kann politische Bildung ohne Zweifel ein Ferment der Unruhe sein; politisch mündige Mitarbeiter/-innen können für tradierte betriebliche Hierarchien ein Störfaktor sein. Langfristig aber kann sich eine *corporate identity*, die auf realen Partizipationschancen der Beschäftigten basiert, als tragfähiger erweisen als eine innerbetriebliche Struktur nach dem Prinzip des „*divide et impera*“.

V

Abschließend sei vor einem Mißverständnis gewarnt. Auch wenn die hier für möglich gehaltene Verknüpfung von beruflicher und politischer Bildung gelingt, macht sie separate, in eigenständigen Fachbereichen und/oder Institutionen organisierte Angebote zur politischen Bildung keineswegs überflüssig. Es ist geradezu euphemistisch, wenn Werner Markert in einem Beitrag über „neue Tendenzen in der beruflichen Weiterbildung und ihre Bedeutung für die politische Erwachsenenbildung“ meint, aus dem Rückgang der Kurszahlen im Fach politische Bildung eine Verstärkung eines „aufklärerischen Verständnisses“ herauslesen zu können, weil politische Bildung als Prinzip besser wirksam werden könne¹¹. Berufliche Bildung kann zwar politische Bildung insoweit als Prinzip berücksichtigen, als sich dies aus den jeweiligen politischen Implikationen technologischer und ökonomischer Gegenstände ergibt. Ihr primäres Interesse und ihre didaktische Aufgabe bleibt aber eben die *berufliche Qualifikation*, wenn auch in einem erneuerten und erweiterten Verständnis. Ihre didaktische Systematik gewinnt die berufliche Bildung aus diesem Interesse. Weder werden also die Sozialwissenschaften und die Politikdidaktik quasi zu Leitdisziplinen der beruflichen Bildung werden können, noch kann die berufliche Bildung alle wichtigen Themen politischer Bildung nebenbei abdecken.

Didaktisches Zentrum politischer Erwachsenenbildung muß daher eine sozialwissenschaftlich und politikdidaktisch ausgewiesene Angebotsplanung in einem eigenen Fachbereich bleiben – oder zum Teil auch erst werden, denn vielfach ist in den Institutionen der Erwachsenenbildung die hierfür notwendige Infrastruktur nur mangelhaft ausgebildet. Gerade dies kann dann aber zum Hindernis für die Verknüpfung von beruflicher und politischer Bildung werden; denn ohne die konzeptionelle, institutionelle und personelle Präsenz der politischen Bildung können ihre Impulse nicht in ein erneuertes Verständnis von beruflicher Bildung eingebracht werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. H.Kern/M.Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984
- 2 W.Schläffke: Bewältigung technischen Fortschritts durch Schlüsselqualifikationen. In: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 22 (1988), S.54
- 3 Vgl.u.a. Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 22 (1988), Report 26 (1990)
- 4 Schläffke (1988), a.a.O., S.54
- 5 Vgl. J. Habermas: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/M. 1968
- 6 Vgl. R. Arnold: Erwachsenenbildung. Eine Einführung in Grundlagen, Probleme und Perspektiven. Baltmannsweiler 1988, S.179 ff.
- 7 U. Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986, S.300 ff.
- 8 Ebd., S.304 f.
- 9 Ebd., S.48 und 52
- 10 Schläffke, a.a.O., S.54 ff.
- 11 W. Markert: Neue Tendenzen in der beruflichen Weiterbildung und ihre Bedeutung für die politische Erwachsenenbildung. In: E.Schlutz/H.Siebert (Hrsg.): Zur Entwicklung der Erwachsenenbildung aus wissenschaftlicher Sicht. Bremen 1987, S.295